

Gemeinsamer Antrag Nr. 9

der Fraktion Sozialdemokratischer Gewerkschafter:innen,
von Gemeinsam - Alternative, Unabhängige und Grüne Gewerkschafter:innen,

an die 184. Vollversammlung der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien
am 4. November 2025

Medienkrise - Maßnahmenpaket gegen die akute Medienkrise – Arbeitsplätze und Demokratiesäule sichern

Die österreichische Medienbranche befindet sich in einer akuten strukturellen Krise, die sich im laufenden Jahr durch den bereits erfolgten oder angekündigten Verlust von 300 Arbeitsplätzen dramatisch zuspitzt. Dieser Abbau ist nicht nur ein schwerer Schlag für die betroffenen Arbeitnehmer:innen, sondern stellt eine unmittelbare Gefährdung der Medienvielfalt und somit eine Erosion der vierten Säule der Demokratie dar. Denn unabhängiger, faktenbasierter Journalismus und damit die Journalistinnen und Journalisten sind ein zentraler Pfeiler unserer Demokratie.

Die Ursachen sind systemisch: Einbrüche am Werbemarkt, der massive Abfluss von Werbeeinnahmen an internationale Technologiekonzerne, die den öffentlichen Diskurs dominieren ohne journalistische Inhalte zu finanzieren, schwindendes Vertrauen in traditionelle Medien und deren Eigentümer, sowie eine Medienpolitik, die in ihrer jetzigen Form offensichtlich unzureichend ist, um Qualitätsjournalismus und Arbeitsplätze zu sichern. Wenn Medien immer mehr als Sprachrohr wirtschaftlicher Eliten und nicht als Träger:innen von zuverlässiger und vielfältiger Information aufgefasst werden, schwächt dies die unverzichtbare Rolle von Medien für eine starke Demokratie. Während Redaktionen ausgedünnt werden und in Medienunternehmen auch korrekte Beschäftigungsverhältnisse im Producing (Lektorat, Grafik) sowie beim technischen und kaufmännischen Personal und im Vertrieb unter Druck geraten, steigt die Desinformation. Dazu kommt, dass nicht nur der Arbeitsdruck in der Medienbranche aufgrund der Einsparungen massiv gestiegen ist. Auch der gezielte Einsatz von Einschüchterungsklagen (SLAPP-Klagen) und Hetzkampagnen gegen Journalist:innen hat zugenommen. Auch innerhalb der Redaktionen ist die Sorge um die Unabhängigkeit der Medien im Steigen. Eine aktuelle Befragung der AK Wien unter mehr als 1.300 Beschäftigten aus der Medienbranche in Wien ergibt ein alarmierendes Stimmungsbild: 75 Prozent der Befragten machen sich Sorge um die Meinungsfreiheit in Österreich, mehr als ein Drittel der befragten Journalistinnen und Journalisten berichtet von Interventionen in redaktionelle Inhalte. Rund 20 Prozent fühlen sich in ihrer Rolle als vierte Gewalt behindert.

Ziel dieser Vorgangsweisen ist es, die öffentliche Debatte einzuschränken und Journalist:innen mundtot zu machen. Eine funktionierende Demokratie erfordert jedoch einen robusten, vielfältigen und professionellen Informationsjournalismus. Die aktuelle Krise ist ein klares Marktversagen mit gravierenden demokratiepolitischen Folgen.

Die Arbeiterkammer Wien fordert als Vertretung aller Arbeitnehmer:innen – einschließlich der 300 betroffenen Journalist:innen und aller Arbeitnehmer:innen in der Medienbranche – mit Nachdruck adäquate Lösungsstrategien ein, die über die bisherigen, unzureichenden Maßnahmen hinausgehen, um den Medienstandort Wien abzusichern und unabhängige Medien als zentralen Pfeiler für unsere Demokratie abzusichern und zu stärken.

Die 184. Vollversammlung der Arbeiterkammer Wien möge daher beschließen:
Die Arbeiterkammer Wien fordert die Bundesregierung auf:

- **Einrichtung einer Arbeitsstiftung, um Mitarbeiter:innen aus Medienunternehmen, die von einem Arbeitsplatzverlust betroffen bzw. bedroht sind, mit Angeboten zu gezielten Aus- und Weiterbildungen und zur Vermittlung in Zukunftsfelder und Zukunftsberufe am Arbeitsmarkt.**
- **Die auf eine Stärkung demokratischer Transparenz gerichtete Umsetzung des European Media Freedom Act (EMFA) sowie eine konsequente Regulierung internationaler Tech-Plattformen und Anbieter generativer KI. Es muss sichergestellt werden, dass jene Konzerne, die Milliardengewinne mit journalistischen Inhalten erwirtschaften, einen fairen Beitrag zur Finanzierung dieser Inhalte leisten (Leistungsschutzrecht) und zur Vergütung der Urheber:innen verpflichtet werden.**
- **Die Einführung einer klaren und verpflichtenden Kennzeichnungspflicht für Inhalte, die durch Generative KI erstellt wurden, um Transparenz für Konsument:innen und den Schutz des geistigen Eigentums der Medienschaffenden sicherzustellen.**
- **Eine rasche und grundlegende Reform der Presse- und Medienförderung, die neben Auflagenstärke verstärkt auch strukturelle Qualitätskriterien, die Existenz von Redaktionen (Arbeitsplätze), die Unabhängigkeit redaktioneller Berichterstattung von Eigentümerinteressen, die Einhaltung des Ehrenkodex für die österreichischen Presse, korrekte Beschäftigungsverhältnisse für alle Arbeitnehmer:innen-Gruppen in Medienunternehmen und beteiligten Servicegesellschaften sowie die Förderung von Innovation und Ausbildung in den Mittelpunkt stellt. Öffentlich-rechtliche Medien müssen in ihrer wirtschaftlichen und redaktionellen Unabhängigkeit gestärkt und als Plattformen für digitale Medienkooperationen weiterentwickelt werden.**

- **Wirksame Schutzmechanismen für Journalist:innen gegen Einschüchterungsklagen (SLAPP-Klagen) und Hetzkampagnen schaffen.**
- **Die Förderung von nicht-kommerziellen Community-Medien als wesentliche Säule der lokalen Berichterstattung und der Medienvielfalt anzuerkennen und finanziell abzusichern.**
- **Inserate sollen keine indirekte Medienförderung zur möglichen Einflussnahme auf journalistische Berichterstattung oder gar an internationale Tech-Plattformen ohne publizistischen Auftrag in Österreich sein, sondern zugunsten einer Stärkung der offiziellen Medienförderung sparsam und eng an sachliche Kriterien gebunden eingesetzt werden.**
- **Die Entwicklung einer gemeinsamen digitalen Infrastruktur für den professionellen Informationsjournalismus in Österreich zu prüfen und zu fördern. Nach Schweizer Idee soll diese Infrastruktur (z.B. für Login-Systeme, Suchfunktionen, Distribution) öffentlich-rechtlich, aber ohne direkte Einflussmöglichkeit des Staates ausgestaltet sein, um auch kleineren Anbietern den Zugang zur digitalen Medienwelt zu sichern und den publizistischen Wettbewerb gegenüber den Tech-Giganten zu stärken.**
- **Auf europäischer Ebene auf den Aufbau öffentlich-rechtlich ausgestalteter Social-Media-Plattformen zu drängen, um zentrale Kommunikationskanäle nicht den politischen und kommerziellen Interessen einzelner Superreicher zu überlassen.**
- **Sich auf internationaler Ebene dafür einzusetzen, dass freie und sichere Medien als eigenständiges Nachhaltigkeitsziel (SDG) anerkannt werden (analog zur "Initiative 18"), um das Bewusstsein für die systemische Rolle von Journalismus für Demokratie und nachhaltige Entwicklung zu stärken.**
- **Erhöhung der Journalismus-Förderung zur Absicherung journalistischer Arbeitsplätze durch eine zweckgewidmete Erhöhung des Digitalsteuer von jetzt 5 auf 7 Prozent.**

Angenommen <input checked="" type="checkbox"/>	Zuweisung <input type="checkbox"/>	Ablehnung <input type="checkbox"/>	Einstimmig <input type="checkbox"/>	Mehrheitlich <input checked="" type="checkbox"/>
--	------------------------------------	------------------------------------	-------------------------------------	--